

An den
Bürgermeister der Stadt Königswinter
Herrn Peter Wirtz
Rathaus
53639 Königswinter

Andreas Danne
Fraktionsvorsitzender

Bahnhofstraße 13
53639 Königswinter

Tel. 0152 29150037
info@dielinke-koenigswinter.de

Königswinter, 2. November 2015

Antrag der Fraktion DIE LINKE zum nächsten Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration am 17.11.2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den nachstehenden Antrag des Ratsmitglieds Danne und des sachkundigen Bürgers Droste auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Generationen und Integration.

Antrag:

Der Ausschuss nimmt zum Brief des Städte- und Gemeindebunds NRW vom 21. Oktober 2015 „Städte und Gemeinden in NRW sind am Ende Ihrer Leistungsfähigkeit angekommen bei der Unterbringung von Flüchtlingen“, den Bürgermeister Peter Wirtz unterschrieben hat, folgendermaßen Stellung:

1. Der Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration der Stadt Königswinter lehnt den Forderungskatalog des Briefes des Städte- und Gemeindebunds NRW vom 21. Oktober 2015 ab.
2. Der Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration der Stadt Königswinter empfiehlt dem Bürgermeister der Stadt Königswinter, Herrn Peter Wirtz, seine Unterschrift zu widerrufen.

Begründung:

Königswinter hat sich in den letzten Wochen und Monaten bei der Ankunft und Betreuung der der Stadt zugewiesenen geflüchteten Menschen als vorbildlich dargestellt. In unserer Stadt wird nicht nur von Willkommenskultur geredet, sie wird gelebt – trotz vielfachem Chaos bei der Zuweisung von Flüchtlingen durch die Bundes-, Landes- oder Bezirksebene! Viele ehrenamtliche Helfer und viele Mitarbeiter der Verwaltung haben sich bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit für die geflüchteten Menschen eingesetzt.

Der Städte und Gemeindebund hat in seinem Brief mit der Unterschrift von 215 Bürgermeistern, darunter auch die Unterschrift unseres Bürgermeisters Peter Wirtz, zu Recht auf die Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Versorgung durch eine wachsende Zahl der in den Kommunen ankommenden, geflüchteten Menschen hingewiesen. Es ist durchaus legitim, dass sich Bürgermeister Wirtz hierzu öffentlich positioniert.

Den anhängenden Forderungskatalog lehnen wir aber ab! Einige Forderungen verstoßen mutmaßlich gegen das Grundgesetz und wären daher verfassungswidrig. Ebenso bezweifeln wir die Legitimation des Bürgermeisters, einen derartigen Forderungskatalog zu zeichnen, ohne dafür ein Mandat vom Stadtrat erhalten zu haben.

Im Einzelnen:

Der Brief versucht, die angespannte Lage in vielen Kommunen des Landes zu beschreiben. Er macht dies aber erst (und nur) im dritten Absatz, nachdem im zweiten (und umfangreichsten) ein Bundesgesetz bewertet und über dessen Auswirkungen und weitere Entwicklungen spekuliert wird!

Anstatt aus den kommunalen Problemen zielgerichtete Forderungen abzuleiten, die vor Ort zu einer unmittelbaren Entspannung führen würden, reiht man sich in den Chor derjenigen ein, die die schon seit Monaten immer gleichen Vorschläge wiederholen oder modifizieren, ohne auch nur im Ansatz erklären zu können, wie sie verfassungskonform umgesetzt werden könnten! Hier sind vor allem Artikel 1, Absatz 1 (Menschenwürde), Artikel 2, Absatz 1 (Freiheitsrechte) und Artikel 16a, Absatz 1 (Asylrecht) des Grundgesetzes gemeint.

Gleich im ersten Punkt des „Forderungskatalogs“ wird die Umsetzung des Dublin-Verfahrens beschworen. Dabei ist schon bei seiner Einführung klar gewesen, dass es unsolidarisch ist (da es sich nicht an der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder in der EU ausrichtet) und im Ernstfall versagen muss! Gesetze und Verordnungen, die sich nicht bewähren oder kontraproduktiv sind, sollten aber geändert oder gar abgeschafft werden. Ihre strikte Einhaltung einzufordern grenzt an Realitätsverweigerung.

Weiterhin werden einmal mehr die „sicheren Herkunftsländer“ thematisiert, obwohl doch die Diskussionen der letzten Monate klar gezeigt haben, dass das individuelle Recht auf Asyl mit der politisch motivierten Festlegung bestimmter Staaten als „sichere Herkunftsländer“ nicht vereinbar ist! (Andere europäische Staaten haben z.B. sehr viel höhere Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus den Balkanländern.)

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich führende Politiker und dann Mitglieder der Bundesregierung für den Bau von Zäunen aussprechen, bewusst deren Konsequenzen in Kauf nehmend. Da die Forderungen des Katalogs in genau diese Richtung weisen, ist es notwendig, sich von ihnen zu distanzieren.

Zuletzt wird ein stärkeres Engagement des Bundes gefordert. Aufgrund der Sachlage ist das natürlich mehr als gerechtfertigt! Dabei ist für die Kommunen vor allem die adäquate Zuteilung von Finanzmitteln von ausschlaggebender Bedeutung. Die Flüchtlingsfrage rückt Fehlentwicklungen in den Vordergrund, die auch ohne sie zu bearbeiten sind: das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum, das Fehlen von Lehrern (auch für Sprachkurse), Sozialarbeitern und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung (z.B. Sozialverwaltung montagnachmittags bis zum 31.12.15 geschlossen). Sie zeigt damit aber auch deutlich, dass es unbedingt notwendig ist, die Finanzausstattung der Kommunen endlich deutlich zu verbessern, damit Politik auf kommunaler Ebene überhaupt noch möglich bleibt!

Es bleiben folgende Fragen:

a) Sollte der Bürgermeister sich derart weitreichend zu einer Frage von bundespolitischer Bedeutung äußern oder wäre hier nicht die Einbeziehung des Rates angezeigt (s. z.B. Resolution des Stadtrates zu TTIP)?

b) Kann es Aufgabe einer Organisation wie des Städte- und Gemeindebunds NRW sein, in einer Hauruck-Aktion Bürgermeister zu einer Unterschrift unter ein politisch äußerst einseitiges Dokument zu bewegen, indem deren Sorgen und Nöte instrumentalisiert werden? Sollte ein solcher Verband nicht, anders als das aufgeregte Berlin, Forderungen aufstellen, die das Leben in der Kommune direkt betreffen, die Hand und Fuß haben, die also durchdacht sind?

All diese Überlegungen führen uns eindeutig zu dem Wunsch, dass der Bürgermeister seine Unterschrift unter diesen Brandbrief zurückziehen möge!

Mit freundlichem Gruß

Andreas Danne